

OeNB - OeNB analysiert Anforderungen für die Euro-Einführung in den neuen Mitgliedstaaten

Wien (OTS) - Bereits Anfang 2007 könnte in einigen der neuen EU-Mitgliedstaaten (Estland, Litauen und Slowenien) der Euro eingeführt werden, andere werden möglicherweise rasch folgen. Bis 2010 könnte in allen neuen Mitgliedstaaten, so die Meinung von Experten, der Euro die jeweilige nationale Währung ersetzt haben. Vor diesem Hintergrund hat nun die OeNB in ihrer aktuellen Ausgabe des Focus on European Economic Integration eine Studie präsentiert, die sich mit den zentralen Aspekten der Euro-Einführung in den neuen Mitgliedstaaten beschäftigt. In der Studie wird auch auf die eigenen Erfahrungen der OeNB im Zusammenhang mit der Euro-Einführung zurückgegriffen. Die erfolgreiche Einführung des Euro in Österreich könnte den neuen Mitgliedstaaten in vielerlei Hinsicht als Orientierung dienen.

Die Studie hebt einige Faktoren hervor, welche die Euro-Einführung in den neuen Mitgliedstaaten erleichtern, und andere, die eine erhöhte Aufmerksamkeit verlangen. Erleichternd wirkt sich der Umstand aus, dass der Euro als Währung bereits existiert. Rund die Hälfte der Menschen in den neuen Mitgliedstaaten hat den Euro schon mindestens einmal verwendet und ist daher mit dem Aussehen und den Sicherheitsmerkmalen vertraut. Die durchschnittliche Euro-Haltung in den neuen Mitgliedstaaten beträgt zwischen 80 und 300 Euro pro Person.

Andererseits zahlen die Bürger in diesen Ländern verglichen mit Österreich deutlich häufiger mit Bargeld als mit Kredit- oder Bankomatkarte. Der geringe Gebrauch von "Plastikgeld" hat einen relativ höheren Bargeldbedarf zur Folge. Dazu kommt die deutlich geringere Anzahl von Geldausgabeautomaten. Dieser Umstand wird die Verteilung des Euro tendenziell erschweren und die Bedeutung der Filialnetze der Geschäftsbanken im Umtauschprozess erhöhen.

Die Studie der OeNB rät, die Vorbereitungen für die Euro-Einführung möglichst zeitig zu beginnen. Um eine reibungslose Euro-Einführung zu gewährleisten, sind darüber hinaus eine gute Zusammenarbeit zwischen den relevanten Behörden und den nationalen Notenbanken sowie die umfassende Information der Bevölkerung unabdingbar.

Das eben erschienene Heft 1/2005 des Focus on European Economic Integration enthält weiters folgende Beiträge:

~

- Zu den aktuellen Entwicklungen gibt es diesmal einen Sonderbericht über die wirtschaftliche Situation in Albanien.

- Eine Studie beschäftigt sich mit den Auswirkungen von Wechselkursvolatilitäten auf die Exportentwicklung in einigen Staaten Zentral- und Osteuropas und zeigt einen deutlich negativen Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen. Insbesondere im Falle Ungarns, Polens und der Tschechischen Republik wäre eine Stabilisierung der Wechselkursentwicklung vorteilhaft.

- Eine weitere Studie untersucht die Möglichkeiten eines Risikoausgleichs für den Konsumenten durch grenzüberschreitende Kapitaltransaktionen. Es zeigt sich, dass es trotz der voranschreitenden Integration der europäischen Finanzmärkte nicht zu einem effizienten Risikoausgleich gekommen ist.

~

Das Heft ist im Internet unter www.oenb.at verfügbar oder kann unter der Telefonnummer (+43 1) 404 20-2345 kostenlos angefordert werden.

Rückfragehinweis:

Oesterreichische Nationalbank
Sekretariat des Direktoriums /
Öffentlichkeitsarbeit
Tel.Nr.: (++43-1) 404 20 DW 6666
<http://www.oenb.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0049 2005-08-22/10:40

221040 Aug 05

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20050822_OTS0049